

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses
am 04.12.2013**

öffentlich

Ort: Technisches Halloren- und Salinemuseum,
Festsaal der Halloren,
Mansfelder Straße 52,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:58 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	Ausschussvorsitzende; CDU
Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos
Frau Birgit Leibrich	parteilos
Herr Rudenz Schramm	parteilos
Herr Robert Bonan	parteilos
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Ronald Gruner	SKE
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE
Frau Elke Schwabe	SKE
Herr Wolfgang Stauch	SKE
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Frau Jutta Schmitz	Verwaltung
Herr Detlef Stallbaum	Verwaltung
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verwaltung

bis 18:15 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Frank Hirschinger	SKE
Herr Christian Kenkel	SKE
Herr Erhard Preuk	SKE
Herr Jürgen W. Schmidt	SKE

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße; Gäste: Frau Prof. Dr. Jutta Schnitzer-Ungefug, Herr Prof. Dr. Udo Sträter, Herr Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch
Vorlage: V/2010/08828**
-

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt als geladene Gäste die **Generalsekretärin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Frau Prof. Dr. Schnitzer-Ungefug** sowie den **Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Herrn Prof. Dr. Sträter**.

Frau Dr. Bergner ging kurz auf die Vorgeschichte des Antrages ein: Bereits 2010 wurde er im Kulturausschuss behandelt. Damals gab es eine Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Gläßer gegen eine Umbenennung. Die Ausschussmitglieder hatten sich damals geeinigt, die Studie der Leopoldina zur Rolle von Wissenschaftlern während der Diktaturen, insbesondere im 3. Reich, abzuwarten. Durch die Aktivitäten der *interfakultären professoralen Initiative* wurde im Hauptausschuss das Thema wieder aufgegriffen und der Kulturausschuss beauftragt, den Antrag erneut zu beraten.

Das Schreiben der professoralen Initiative wurde an alle Ausschussmitglieder per Mail versendet. Es liegen auch mehrere Briefe, so von den Doktoren Michael Kaasch und Joachim Kaasch, von Herrn Prof. Rosenfeld und Herrn Prof. Biewald, zu diesem Thema vor. Sie informierte, dass der ebenfalls eingeladene Prof. vom Bruch mit der Begründung abgesagt hat, dass er zur Straßenumbenennung direkt nichts sagen könne. Sein Auftrag ist die Aufarbeitung der Geschichte der Leopoldina während der Zeit des Nationalsozialismus.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., stellte den Antrag auf Erteilung des Rederechts an **Herrn Prof. Dr. Gläßer**, früher am **Institut für Physiologische Chemie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied der Leopoldina** tätig.

Frau Dr. Bergner bat um Abstimmung des Antrages auf Rederecht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

Somit wurde Herrn Prof. Dr. Gläßer das Rederecht erteilt.

Frau Dr. Bergner übergab das Wort an **Frau Prof. Dr. Schnitzer-Ungefug, Generalsekretärin der Leopoldina**. [Anmerkung Protokollführung: Der Redebeitrag ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.]

Frau Dr. Bergner bedankte sich bei Frau Prof. Dr. Schnitzer-Ungefug und übergab das Wort an **Herrn Prof. Dr. Sträter, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**.

Herr Prof. Dr. Sträter stellte zu Beginn klar, er trete nicht als Vertreter der *interfakultären professoralen Initiative*, sondern in seiner Funktion als Rektor der Universität auf. Das Thema sei deshalb so brisant, da das geplante Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum der Universität (GSZ) die Postanschrift Emil-Abderhalden-Straße erhalten soll. Die Anschrift soll bereits im kommenden Jahr genutzt werden. **Herr Prof. Dr. Sträter** brachte zum Ausdruck, dass er eine Umbenennung zu einem späteren Zeitpunkt für bedenklich hält, da man dann in internationalen Wissenschaftlerkreisen in Erklärungsnot kommen würde. Er berichtete von der Veranstaltung zur Vorstellung der Dokumentation „Ausgeschlossen“, in der an die während der Zeit des Nationalsozialismus entlassenen Hochschulangehörigen erinnert wird.

Zu Emil Abderhalden sagte er, der Name wäre nicht nur in Halle umstritten, er halte es aber nicht für die Aufgabe des Kulturausschusses, über die wissenschaftliche Leistung und die politische Haltung zu entscheiden. Er könne die Intention der professoralen Initiative nachvollziehen, denn es gehe darum, Schaden vom GSZ abzuwenden.

Frau Dr. Bergner bat nun Herrn Prof. Dr. Gläser um seine Stellungnahme.
[Anmerkung Protokollführung: Der Redebeitrag ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.]

Frau Dr. Bergner bedankte sich im Anschluss bei Herrn Prof. Dr. Gläser und übergab das Wort an Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag vor nunmehr dreieinhalb Jahren gestellt wurde. Die Textformulierung damals sei rein politisch begründet gewesen. Sie bedankte sich bei Frau Prof. Dr. Schnitzer-Ungefug, dass die Leopoldina sich mit der Thematik Emil Abderhalden auseinandersetzt. Sie begründete den Antrag aus heutiger Sicht: Bei Straßenbenennungen nach Personen gehe es immer um Ehrungen, nun müsse entschieden werden, ob die Ehrung aufrechterhalten werden soll. Ein anderer Grund sei, dass das GSZ eine Anschrift erhalten soll, die unanfechtbar ist. Sie betonte nochmals, es gehe nicht um eine wissenschaftliche Stellungnahme, sondern um eine politische Entscheidung.

Frau Dr. Bergner wies darauf hin, dass der Kulturausschuss für eine Stellungnahme zu Straßenbenennungen zuständig ist. Dafür sei ihrer Meinung nach eine umfassende Information, also auch zu wissenschaftlichen Fragen, notwendig.

Herr Prof. Dr. Sträter versicherte, die wissenschaftlichen Verdienste Abderhaldens nicht bestreiten zu wollen, aus diesem Grund wurde damals sicher auch eine Straße nach ihm benannt. Es stelle sich jedoch die Frage, ob etwas übersehen wurde; dieses müsse auch im Blick bleiben. Abderhalden hätte von Hitler eine Unterstützung seiner Auffassungen zur Gesundheitspolitik erwartet. 1933 wären auch für viele Menschen die Folgen der Nazierrschaft noch nicht absehbar gewesen. Wenn das GSZ die Postanschrift einer Person hätte, die sich positiv über Hitler geäußert hat, stünde die Universität unter ständigem Rechtfertigungsdruck.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, machte den Vorschlag, die jetzige Emil-Abderhalden-Straße umzubenennen und nach Auswertung der Studie eventuell einer anderen Straße diesen Namen zu geben. Mit dieser pragmatischen Kompromisslösung wäre dem GSZ vielleicht geholfen.

Frau Dr. Bergner verwies auf den Brief von Prof. Rosenfeld, dieser wäre ihr in Bezug auf Entscheidungen unter dem Einfluss von Diktaturen aus dem Herzen gesprochen.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, meinte, an Herrn Dr. Wend gerichtet, sie könne die Pragmatik nicht nachvollziehen, wenn der Name einmal weg ist, dann wäre es für immer. Sie schlug dann vor, die Straße zu teilen und fragte Herrn Prof. Sträter nach seiner Meinung dazu. Sie fragte auch, warum es die Postanschrift Emil-Abderhalden-Straße sein müsse, es gebe unmittelbar anliegend am Campus noch weitere Straßen. **Herr Prof. Dr. Sträter** gab zu bedenken, dass dann die Bezeichnung für Feuerwehr und Rettungsdienst etc. nicht mehr eindeutig wäre. Eine Teilung der Straße und Umbenennung nur eines Teiles würde er als salomonische Lösung empfinden.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., riet dazu, sich nicht unter Druck zu setzen, er wäre dafür, die Ergebnisse der Studie abzuwarten. Die Argumentation gehe so weit auseinander; zudem hätte eine Entscheidung eine deutschlandweite Bedeutung, dessen sollten sich die Stadträte bewusst sein.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, sprach sich auch gegen eine Entscheidung unter Zeitdruck aus; bei geschichtlichen Themen spielen immer subjektive Auffassungen eine Rolle. Er kündigte an, eine Vertagung der Entscheidung vorzuschlagen, auch um die Sache wieder zu beruhigen.

Frau Schwabe, SKE, richtete an Herrn Prof. Sträter die Frage, was für ihn eine salomonische Lösung wäre. **Herr Prof. Dr. Sträter** antwortete, er würde eine Teilung der Straße favorisieren.

Herr Bartl fragte, ob wirklich bereits jetzt konkreter Schaden entsteht. **Frau Dr. Brock** gab zu bedenken, dass bei einer Verzögerung der Entscheidung die Drucksachen des GSZ bereits gedruckt wären. Ihr wäre ebenfalls eine Teilung der Straße sympathisch, jedoch müsste bald eine Entscheidung getroffen werden.

Frau Dr. Bergner wies darauf hin, dass hierfür Auskünfte bei der Stadtplanung einzuholen wären und auch die Bürgerbeteiligung zu beachten sei.

Herr Dr. Kraus, SKE, schlug dann vor, die Ergebnisse der Studie abzuwarten; sollte diese ergeben, dass eine Umbenennung notwendig wird, könne man das dann noch immer tun.

Herr Dr. Wend fragte Herrn Prof. Dr. Sträter, wann spätestens die neue Anschrift klar sein muss. **Herr Prof. Dr. Sträter** antwortete, im 2. Halbjahr 2014. Eine spätere Umbenennung würde zu einer internationalen Erklärungsnot führen. **Herr Dr. Wend** meinte daraufhin, die Argumentation von Herrn Prof. Dr. Sträter hätte ihn überzeugt, er wäre auch für eine Teilung der Straße.

Frau Dr. Bergner erinnerte nochmals an die notwendige Klärung innerhalb der Verwaltung.

Herr Stauch, SKE, brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, weshalb jetzt ausgerechnet an Emil Abderhalden ein Beispiel statuiert werden soll.

Herr Prof. Dr. Sträter wies nochmals auf die entstehende Erklärungssituation hin, wenn es zu einer Umbenennung der Straße kommt.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., wollte wissen, ob die Studie voraussichtlich Neuigkeiten bringen wird, die eine Umbenennung erforderlich machen. **Frau Prof. Dr. Schnitzer-Ungefug** erklärte, sie hat sich bei der Erarbeitung ihrer Stellungnahme auch mit dem Verfasser der Studie, Herrn Prof. vom Bruch, abgestimmt, es wären keine Überraschungen zu erwarten.

